

**Rede von Holger Ortel, MdB  
anlässlich der Debatte vor dem Deutschen Bundestag am 01. Juni 2006  
zum Antrag der Grünen „Kürzungen bei der Finanzierung der Entwicklung  
Ländlicher Räume verhindern“ [BT-Drs. 16/952]**

Frau Präsidentin, Herr Präsident,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Sie legen hier einen Antrag vor, der den Titel „Kürzungen bei der Finanzierung der Entwicklung Ländlicher Räume verhindern“ trägt. Ich muss gestehen, da hätte ich etwas mehr von Ihnen erwartet. Leider kann ich auch nach mehrmaligem Lesen keine konstruktiven Vorschläge erkennen. Sie liefern hier viel heiße Luft. Sie schildern uns den Stand der europäischen Einigung über die finanzielle Vorausschau 2007 bis 2013 und fordern dann recht naiv eine Rücknahme der Kürzungen bei den deutschen Mittelanteilen. Als Gegenfinanzierung schlagen Sie die Aufhebung sogenannter „ungerechtfertigter“ Steuersubventionen vor; erklären aber nicht näher, was sie damit genau meinen.

Die Finanzierung der Entwicklung der ländlichen Räume ist ein sehr wichtiges Thema, das möchte ich hier an erster Stelle betonen. Meine Fraktion und ich sind uns unserer Verantwortung für die Zukunft der ländlichen Räume sehr bewusst. Leider erkenne ich in Ihrem Antrag aber lediglich ihren bekannten Tunnelblick und keine greifbaren und zielführenden Lösungsansätze zur Optimierung des Istzustandes.

Sie betonen gleich zu Anfang Ihres Antrages, dass insbesondere die Landwirte die Leittragenden des vereinbarten Finanzrahmens 2007-2013 seien. Ich will Ihnen eines sagen: unsere Verantwortung für den Ländlichen Raum gilt selbstverständlich auch den Landwirten. Es sind aber doch noch viel mehr Faktoren, die die Zukunft der ländlichen Räume bestimmen. Politik für die ländlichen Räume reicht weiter als die klassische Agrarpolitik. Gefragt ist eine Politik, die eine integrierte ländliche Entwicklung unterstützt.

Wir müssen dafür sorgen, dass es auch abseits der Ballungsräume eine bedarfsgerechte infrastrukturelle Versorgung und eine zukunftsorientierte Wirtschaftsstruktur gibt. Die ländlichen Räume in unserem Land erleben seit Jahrzehnten strukturelle Veränderungen, die von der Politik immer abgefedert und begleitet wurden. Die wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft nimmt vielerorts weiter ab, alternative Arbeitsplätze entstehen jedoch nicht überall und sofort in ausreichendem Maße. Die Folgen stellen die Politik für die ländlichen Räume vor große Herausforderungen.

Nur mit leistungsfähigen ländlichen Räumen ist unser Land fit für die Herausforderungen der Zukunft – eine Politik für die ländlichen Räume ist also auch immer eine Politik für das ganze Land.

Sie kritisieren die beschlossenen Mittelverteilungen für die Jahre 2007-2013 und die Auswirkungen auf die 2. Säule der europäischen Agrarpolitik. Lassen Sie mich zunächst etwas zur 1. Säule sagen:

Die 2005 umgesetzte Agrarreform der Europäischen Union hat die 1. Säule der europäischen Agrarpolitik grundlegend modernisiert. Dem Tier-, Umwelt – und Verbraucherschutz wurde eine viel größere Bedeutung beigemessen. Mit der Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktion muss die Rentabilität bei der Produktion in landwirtschaftlichen Unternehmen grundlegend überprüft werden. Die Entkopplung erweitert außerdem die einzelbetrieblichen Spielräume und fordert marktorientierte Entscheidungen über die künftige Produktionsausrichtung.

Durch die Agrarreform haben wir veränderte Rahmenbedingungen. Die öffentliche Einflussnahme auf die landwirtschaftliche Produktion ist einerseits viel höher als bisher – nämlich über die Cross Compliance Vorschriften zur Einhaltung von Standards der Lebensmittelsicherheit und des Umwelt-, Tier- und Naturschutzes. Sie ist andererseits aber auch geringer, weil die Agrarpolitik keinen direkten Einfluss mehr nimmt auf Landnutzung und Produktionsausrichtung. Umweltschädigende Produktionsanreize werden abgebaut und Spielräume für innovative Agrarerzeugnisse werden eröffnet.

Gleichzeitig setzt die EU mit der 2. Säule auf die weitere Entwicklung der ländlichen Räume. Mit der Verordnung zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER), der Verabschiedung der strategischen Leitlinien und – darauf aufbauend – den Nationalen Strategieplänen für die ländliche Entwicklung werden nationale und regionale Schwerpunkte für die Entwicklung der ländlichen Räume neu definiert.

Diese Politik für die ländlichen Räume hat ein ausdrückliches Ziel: nämlich die Maßnahmen der ländlichen Entwicklung in ein Gesamtkonzept zu integrieren und mit Maßnahmen anderer Politikbereiche zu verzahnen. Dazu gehören aber auch EFRE- und ESF-Mittel. Und hier liegt Ihr Versäumnis in der Gesamtbetrachtung.

Durch die Verabschiedung des Finanzrahmens bis 2013 besteht sowohl für die 1. wie auch für die 2. Säule der Agrarpolitik, und bei Einbeziehung aller anderen Strukturhilfen eine hohe Planungssicherheit für alle betroffenen Akteure.

Natürlich freuen auch wir uns nicht über die Mittelkürzungen der 2. Säule. Ich habe auch Verständnis für die Kritik aus den Reihen der landwirtschaftlichen Interessenverbände und der im Naturschutz Tätigen. Aber dass Sie mit Ihrem Antrag einfach nur in das Boot der Kritiker einsteigen, das enttäuscht mich doch sehr. Sie gehen sogar soweit und bezeichnen die ELER-Verordnung als reine Makulatur.

Sie fordern die Bundeskanzlerin auf, sich auf europäischer Ebene für eine Rücknahme der Kürzungen bei den deutschen ELER-Mitteln einzusetzen. Dabei wissen Sie doch genau, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt an der Verteilung der Mittel für die 1. und 2. Säule nicht zu rütteln ist.

Nach der „mid-term-review“ müssen wir die Gelegenheit nutzen, über eine evtl. Neugewichtung der Mittel für eine Strukturpolitik zu beraten. Ich finde es ja sehr loblich, dass Sie sich mit den Folgen der Mittelkürzung in der 2. Säule auseinandersetzen. Aber es hilft uns doch nicht weiter, hier unrealistische Forderungen aufzustellen.

Das Ziel der EU-Agrarreform ist die Stärkung der ländlichen Räume. Und diese kann nur erreicht werden, wenn sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene

Lösungsansätze für eine abgestimmte Entwicklung ländlicher Räume erarbeitet werden. Nationale Alleingänge sind nicht dienlich.

Die Stärkung der ländlichen Räume können wir nur erreichen, wenn wir die 1. und 2. Säule der Agrarpolitik nicht isoliert voneinander betrachten und wenn die Maßnahmen eingeordnet werden in die gesamte Wirtschafts- und Regionalpolitik.

Die in Ihrem Antrag gestellten Forderungen sind schlichtweg unrealistisch. Ich schlage deshalb vor, diesen Antrag abzulehnen.  
Noch besser, ziehen Sie Ihren Antrag zurück.